

## **Antrag**

**der Abgeordneten Jan Korte, Katja Kipping, Susanne Ferschl, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Dr. Birke Bull-Bischoff, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Achim Kessler, Jutta Krellmann, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Soziale Härten in der Pandemie vermeiden – Sonderzahlung für die Ärmsten**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Was zu Beginn der Corona-Krise nur vermutet wurde, hat sich mittlerweile bestätigt: Die Ärmsten sind am stärksten von der Corona-Krise betroffen – und das im doppelten Sinne. Menschen mit wenig Geld wie Hartz-IV-Beziehende, Geringverdienende, Alleinerziehende und Asylsuchende sind am stärksten von Einkommensrückgängen bzw. den coronabedingten Mehrausgaben betroffen. (Hövermann/Kohlrausch 2020: Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung, in WSI-Mitteilungen, S.485 – 492). Grund dafür ist unter anderem, dass Leiharbeiter\*innen, Minijobber\*innen und anderweitig prekär Beschäftigte, die ohnehin schon unterdurchschnittlich verdienen, am häufigsten entlassen wurden. Gleichzeitig sind diese Menschen am schlechtesten in der Lage sich vor einer Ansteckung mit dem Coronavirus zu schützen. Sie können in der Regel nicht ins Home-Office ausweichen, arbeiten an Orten mit erhöhtem Infektionsrisiko, leben in viel beengten Wohnverhältnissen und sind nur schlecht in der Lage neben dem Lebensunterhalt zusätzlich Schutzausrüstung wie FFP-2-Masken zu finanzieren. Entsprechend schlägt sich soziale Ungleichheit auch im Risiko an COVID-19 zu erkranken nieder. Arme und arbeitslose Menschen sind einem deutlich höheren Risiko ausgesetzt, aufgrund einer COVID-19-Erkrankung im Krankenhaus behandelt werden zu müssen (PM AOK und Institut für Medizinische Soziologie des Universitätsklinikums Düsseldorf vom 15.06.2020: [www.aok.de/pk/fileadmin/user\\_upload/AOK-Rheinland-Hamburg/07-Presse/Dokumente/Pressemitteilungen/PM\\_Soziale\\_Unterschiede\\_Covid-19-Pandemie.pdf](http://www.aok.de/pk/fileadmin/user_upload/AOK-Rheinland-Hamburg/07-Presse/Dokumente/Pressemitteilungen/PM_Soziale_Unterschiede_Covid-19-Pandemie.pdf)). Zu den sozialen Belastungen der Pandemie kommt die Belastung der gesundheitlichen Betroffenheit, im schlimmsten Fall bis hin zum Verlust von Angehörigen.

Für Familien, besonders Alleinerziehende, ist diese Krise eine enorme Kraftanstrengung. Viele Probleme wurden einfach in den privaten Bereich abgeschoben und Familien wurden mit diesen alleine gelassen. Zwar haben Bundes- und Landesregierungen

und viele Arbeitgeber\*innen inzwischen verstanden, dass Familien mehr Unterstützung benötigen, dennoch zeigt sich, dass die Lasten des „Lockdowns“ des öffentlichen und sozialen Lebens ungleich verteilt sind ([www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user\\_upload/pdf/infocenter/ZFF\\_Familien\\_auch\\_in\\_Krisenzeiten\\_gut\\_absichern\\_Positionspapier\\_Dezember\\_2020.pdf](http://www.zukunftsforum-familie.de/fileadmin/user_upload/pdf/infocenter/ZFF_Familien_auch_in_Krisenzeiten_gut_absichern_Positionspapier_Dezember_2020.pdf)). Die bisherigen Erleichterungen beim Bezug von Hartz IV, Kinderzuschlag und Kinderbonus erreichen bei weitem nicht alle und reichen nicht aus, um alle Familien vor Armut zu schützen.

Mit dem erneuten Lockdown wird sich die prekäre Situation vieler Menschen weiter verschärfen. Während die Bundesregierung Milliarden für die Rettung von Konzernen ausgibt, lässt sie die gesundheitlichen, sozialen und ökonomischen Probleme der Schwächsten und Ärmsten völlig außer Acht. Es darf nicht sein, dass Menschen während der medizinischen Ausnahmesituation an den Rand oder unter das Existenzminimum gedrückt werden und sich das Nötigsten zum Leben nicht mehr leisten können. Über die ohnehin nötige Anpassung der sozialen Sicherungssysteme hinaus müssen deshalb mit einer Sofortzahlung die schlimmsten Auswirkungen verhindert werden. DIE LINKE. hat schon während der ersten Welle der Pandemie mehrfach soziale Verbesserungen gefordert (etwa BT-Drs. 19/18945 sowie 19/18941). Bisher haben die Belange der Ärmsten der Armen (insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete) jedoch wenig Einklang in die Politik der Bundesregierung gefunden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

in Gesetzentwürfen und anderen Maßnahmen darauf hinzuwirken, dass für die Dauer der Corona-Pandemie

1. für das Arbeitslosengeld II und alle weiteren Leistungen, die das Existenzminimum absichern sollen (die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, die Hilfe zur Pflege und die Asylbewerberleistungen), rückwirkend ab dem 1. März 2020 bis zur Einführung von Regelbedarfen, die nicht kleingerechnet wurden, ein deutlicher Corona-Zuschlag von mindestens 100 Euro gewährt wird;
2. das Kurzarbeitergeld auf einheitlich 90 Prozent des Nettoentgelts erhöht wird. Beschäftigte, die den gesetzlichen Mindestlohn bekommen, ist 100 Prozent des Nettoentgelts als Kurzarbeitergeld zu zahlen. Der Bund ist über einen angemessenen Zuschuss an der Arbeitsförderung zu beteiligen;
3. in Zusammenarbeit mit den Ländern die Kinder- und Jugendhilfe so ausgestattet wird, dass sie auch in Krisenzeiten mit ihren vielfältigen Angeboten wie den Kindertagesstätten, der offenen Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Familienhilfe, Familienzentren etc. für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern erreichbar bleibt und Familien in dieser schweren Zeit verlässlich unterstützt;
4. Kündigungen von Mietverträgen aufgrund von pandemiebedingten Mietschulden, Zwangsräumungen in die Wohnungslosigkeit sowie Strom-, Heizungs- und Wassersperrungen untersagt werden und eine Senkung der Nettokaltmiete um 30 Prozent für Mieterinnen und Mieter ermöglicht wird, die coronabedingt von erheblichen Einkommensverlusten betroffen sind. Gerade für Familien ist ein sicheres Zuhause ein wichtiger Rückzugsort und dies ist für Kinder und Jugendliche essentiell.

Berlin, den 15. Dezember 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**